

Ein Mann mit Mission

Lorenz Kummer

Für George W. Bush gibt es keinen Zweifel: Amerika hat von Gott den Auftrag erhalten, der Welt die Freiheit zu bringen. Einem Prediger gleich breitete der US-Präsident diese Ideologie jüngst in einer Rede aus und gelobte, «die Welt zu verändern». Aus Schaden klug geworden, sprach er zwar nicht mehr direkt von einem «Kreuzzug», sondern umschrieb die-

Bush gibt Israel einen Freipass zur Verletzung von Völkerrecht und Uno-Resolutionen.

sen mit blumigen Worten. So viel ist klar: Der Mann hat eine Mission.

Allein: Im Weissen Haus wird die Kluft zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung immer grösser. Denn Europa und die wichtigsten Zielländer von Bushs Projekt, die Staaten im Mittleren Osten, melden wachsende Zweifel an der Lauterkeit der amerikanischen Motive an. Freiheit besitzt universelle Attraktivität, da hat Bush Recht. Aber Freiheit, das liegt genauso in der Natur der Sache, lässt sich nicht verordnen. Die Menschen in den arabischen Staaten, Irak inbegriffen, müssen den Weg dazu selbst finden. Wenig hilfreich ist auch Amerikas Unterstützung für eine lange Reihe islamischer Autokraten, von Ägyptens Mubarak bis zu Usbekistans Karimow, solange diese den USA ins Konzept passen.

Vollends unglaublich macht sich Bush schliesslich mit seiner Nahostpolitik. Denn just seine Unterstützung von Sharons Trennungsplan erlaubt es Israel, die Palästinenser ihrer wichtigsten Freiheit zu berauben: jener auf Selbstbestimmung. Nur einen Tag nach seiner Rede über den Wert der Freiheit erteilte der US-Präsident der «einzig wahren Demokratie» im Nahen Osten einen Freipass zur Verletzung von Völkerrecht und Uno-Resolutionen. Und gleichzeitig stellte er Palästinenserpräsident Arafat vollends ins Abseits, immerhin den einzigen demokratisch gewählten arabischen Führer.

Sicher braucht Bush im November die Unterstützung fundamentalistischer Christen, welche das Heilige Land in der Hand Israels sehen wollen. Sicher hofft er auch auf Stimmen jüdischer Wähler, die bisher den Demokraten zuneigten. Doch Wahlkampfakt hat für den bedingungslosen Schulterchluss mit Sharon nur beschränkte Erklärungskraft. Bush sieht Israels Kampf

gegen die palästinensischen Widerstandsgruppen als zentrales Element in seinem globalen Feldzug gegen den Terrorismus. Sharon ist dabei nicht nur Bundesgenosse, sondern auch Gesinnungsfreund. Denn beide kennen nur eine einzige Antwort auf terroristische Gewalt: die Gegengewalt.

Der US-Präsident übersieht indes gewichtige Unterschiede. Hinter Al-Qaidas Terror steht eine wirre, dem Faschismus ähnliche Ideologie, die auch in der islamischen Welt nur von einer kleinen Minderheit geteilt wird. Der Terror von Hamas und Islamischem Jihad bedient sich ähnlicher Mittel, nährt sich aber aus dem Kampf gegen die israelische – und nun von den USA teilweise abgesegnete – Besetzung und Kolonisierung palästinensischen Landes. Aus arabischer Sicht ist dies ein legitimer Freiheitskampf, der weitem Unterstützung findet.

Wer nach dieser Woche wie Bush noch davon träumt, den USA würden die Herzen der arabischen Völker zufliegen, ist naiv. Mit zunehmendem Verständnis können dagegen jene isla-

Wer wie Bush noch davon träumt, den USA würden die Herzen der arabischen Völker zufliegen, ist naiv.

mistischen Ideologen rechnen, die provokativ fragen, ob Bushs «gottgewollte Freiheit» wohl nur jenen zugehört sei, die an seinen (oder den jüdischen) Gott glauben. Der Initiative zur Demokratisierung des Mittleren Ostens, die von Irak ausgehend die ganze Region erfassen sollte, hat Bush jedenfalls diese Woche selbst den Todesstoss versetzt. Sie wird bei arabischen Regierungen bestenfalls höfliche Ablehnung, in der Bevölkerung Hohn und Spott ernten.

Doch Bush, durch gleichgesinnte Berater von der Realität abgeschirmt, scheint nicht fähig, diese Zusammenhänge zu sehen. Selbstzweifel und Kurskorrekturen sind seine Sache nicht, durchhalten und weiter wie bisher lautet die Devise. Das grenzt an Verblendung, an Fanatismus gar – genau jene Eigenschaft, die er den «Feinden der Freiheit» vorwirft. Die Geschichte pflegt Fanatiker als Helden zu feiern, wenn ihre Mission Gutes schafft, aber als Bösewichte zu verdammen, wenn sie fehlschlägt. Das Urteil über George W. Bush steht noch aus.

PUNKTUM

Leerer Schrank

Hanspeter Spörri

Unzählige Male haben Schweizer Wehrmänner im Ausland staunenden Bekannten vom Sturmgewehr im Schrank erzählt. Manche, die sich hierzulande kaum patriotisch zu geben wagten, wandelten sich in der Fremde zu Botschaftern des Schweizer Sonderfalls. Gerne berichteten sie vom Vertrauen, das der Staat uns Bürgern entgegenbringe. Lieber sprachen wir vom Schrank- als vom Bankgeheimnis.

Damit ist es vorbei. Nach Ende der Dienstzeit, dann, wenn der Staat den Bürger eigentlich am besten kennt, soll der gewesene Soldat die Waffe nicht mehr behalten dürfen. Wer darauf besteht, auch nach dem letzten Abtreten über ein Sturmgewehr zu verfügen, soll von der Polizei überprüft werden.

Seit langem wollen wir den Staat schlanker und billiger. Seit langem nörgeln wir an ihm herum, zweifeln seine

Leistungsfähigkeit an, stellen ihn als nicht mehr finanzierbaren Leviathan dar. Nun schlägt der Staat zurück – ausgerechnet mit unseren Waffen.

Am Boden zerstört stellen wir fest, dass die Rollen getauscht wurden. Nicht mehr wir sind die misstrauischen Kritiker, wir, die stolzen freien Bürger. Misstrauisch geworden ist nun der Staat. Und geizig. Er lässt nämlich mitteilen, dass das Sturmgewehr 90 gar nie «zur Abgabe geplant» war, vor allem aus finanziellen Gründen.

Wir, die wir immer der Ansicht waren, der Staat greife zu tief in unser Portemonnaie, verschwende unser hart erarbeitetes Geld für bürokratischen Unsinn, müssen nun zusehen, wie dieser Staat uns das Symbol unserer Freiheit, unseres Selbstbewusstseins, unseres Sonderfalls aus dem Schrank stiehlt – und das erst noch des schönsten Mammons wegen.

KARIKATUR ZUR WOCHE



TRIBÜNE

Wozu die Aufregung?

Christoph Schläppi

Die neuen Leitlinien für Strassencafés haben in den letzten Tagen den Berner Blätterwald zum Rascheln gebracht und in der einen oder anderen Wirtsstube Stossseufzer, vielleicht gar Flüche ausgelöst. Nicht für alle kommt das Thema überraschend. Doch auf einmal merken Mehrheiten, dass die Stadt einen öffentlichen Raum besitzt, dass es Kräfte gibt, die sich seiner bemächtigen, und andere, die ihn vor ersteren bewahren wollen. Für viele eine günstige Gelegenheit, dem Ärger über die Bauvögte Luft zu machen oder die Kleinlichkeit der Leitlinien mit bigottem Sprüchen herabzukaufen. Ginge es nicht um eine ernste Sache – man dürfte das Ganze bald einmal als Provinzposse vergessen.

Ob es mit jener uralten Restaurantterrasse in der Kramgasse angefangen hatte oder der Gartenwirtschaft an der Grabenpromenade, oder vielleicht doch mit den Wintergärten am Bärenplatz: Nicht urbane Atmosphäre und Gelassenheit sind den Autos nach ihrer Vertreibung aus der Innenstadt gefolgt, sondern Halden von Ameublements, die sich nicht in der Stadt, sondern in Einfamilienhausquartieren und Schrebergärten bewährt hatten. Die Container, welche aufgestellte Sponsoren allerorten aufstellen, zeigen den Eigentümern der Bauten ringsum, die

sich strengen Baugesetzen zu unterziehen haben, lange Nasen. Jene, die flink dem Ruf des Spätkapitalismus gefolgt sind, kommen bereits mit Kosten und Sachzwängen – um die geht es nämlich längst, und kaum um das Wohlergehen oder die Schönheit der Stadt.

Die Sorgen mit dem Stadtbild sind so alt wie dieses selbst. Schlugen sich die Behörden im 18. Jahrhundert noch mit unaufgeräumten Baustellen und streu-

nendem Kleinvieh herum, empört heute ein Reglement die Bürgerschaft, welches sich entblösst, Vorschriften zu Materialien und Farben von Gartenmöbeln zu machen. Wozu um Himmels willen? Sagen wirs so verkürzt, wie es sich auf dem knappen Platz hier sagen lässt: Die Öffentlichkeit ist der Ort, wo Verhaltensnormen verglichen, Manieren eingeübt, kurz: aus ungehobelten Egoisten soziale Wesen werden. Die Öffentlichkeit ist die Schulstube der Demokratie – egal, ob sie nun in der Zeitung stattfindet, die Sie in der Hand haben, liebe Leserin, oder der Soap, die Sie, lieber Leser, gestern im TV reingezogen haben. In der gebauten Öffentlichkeit müssen wir uns auf Regeln einigen, wie überall, wo Menschen zusammen leben.

Es gibt Orte, wo der öffentliche Raum hinter der Shopping Mall aufhört, und

wo sich abends nach halb sieben niemand mehr zu Fuss auf die Strasse wagt. Europa, und Bern, soweit es sich zu diesem zählen darf, sind altmodischer. Hier darf man noch nach Antworten suchen, ob die Spassgesellschaft ihre reichliche Freizeit auf Plastik- oder Holzstühlen verbringen soll. Man fragt sich, warum zwei Dutzend Autos an jedem Donnerstagabend eine ganze Oberstadt verstopfen dürfen. Oder man diskutiert, ob wirklich jede Reklame, jedes Stück Gerümpel oder jedes Grünzeug an Orten zu ertragen sei, die erwiesenermassen besser wären ohne. Wenn der öffentliche Raum wirklich eine Schulstube ist, so wird hier zwischen durch auch gelernt: Der Kornhausplatz, über dessen nackte Gestaltung einst das grosse Herjeeminee hereinbrach, hat sich in kurzer Zeit zum Publikummagneten der Stadt entwickelt. Schade, dass er bald zur saisonalen Gartenwirtschaft umgebaut wird? Lasst uns darüber streiten und dann mit einem kühlen Bier Frieden machen!



Christoph Schläppi ist Architekturstadthistoriker und Vizepräsident des Schweizer Heimatschutzes. Er lebt in Bern.